Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 24 575
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank Scholtysek (AfD)

vom 19. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2020)

zum Thema:
Erzwungenes Rechtsabbiegen Neuköllnische Allee, Neukölln

und **Antwort** vom 27. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Sep. 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Frank Scholtysek (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24 575
vom 19. August 2020
über Erzwungenes Rechtsabbiegen Neuköllnische Allee, Neukölln

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Seit wann und aus welchem Grund ist auf der Neuköllnischen Allee in Fahrtrichtung Südost das Abbiegen in die Haberstraße zwingend angeordnet (Verkehrszeichen 209) und das weitere Geradeausfahren an dieser Stelle nicht mehr erlaubt?

Antwort zu 1:

Seit Februar 2014 ist eine Umleitung über die Neuköllnische Allee wegen der Baumaßnahme Bundesautobahn an der Anschlussstelle Grenzallee eingerichtet. Der rechtsabbiegende Umleitungsverkehr wird am Knoten Neuköllnische Allee / Haberstr. aus Gründen der Leistungsfähigkeit gleichzeitig mit dem Verkehr aus der Haberstraße (Nebenrichtung) freigegeben. Weiterhin ist aus Platzgründen keine Aufstellfläche für einen Geradeausverkehr in dem Bereich Neuköllnische Allee vorhanden.

Frage 2:

Wird diese Regelung dauerhaft fortbestehen, oder ist diese Anordnung zeitlich begrenzt?

Antwort zu 2:

Diese Regelung ist zeitlich begrenzt und soll nur für die Dauer des Umleitungsverkehrs aufgrund der Baumaßnahme an der Anschlussstelle Grenzallee bestehen.

Berlin, den 27.08.2020

In Vertretung
Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz